S 185 AS 16310/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Entschädigungsklage bei überlanger Verfahrensdauer
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Überlanges Gerichtsverfahren – fortgeführtes PKH-Verfahren nach Erledigung der Hauptsache – eigenständiges Gerichtsverfahren – Berücksichtigung der Zeiten ab Beendigung der Hauptsache bis zum Abschluss des PKH-Verfahrens – PKH-Verzögerungszeiten während des Hauptsacheverfahrens nur unselbständiges Element der Verzögerung des Hauptsacheverfahrens – keine Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei klarer Anspruchslage im nachlaufenden PKH-Verfahren – keine Wiedergutmachung auf andere Weise als Geldentschädigung – Ungewissheit über Belastung mit Rechtsanwaltskosten – einheitlicher Entschädigungsanspruch nach verbundenen Klageverfahren
Leitsätze	1. Ein nach Erledigung der Hauptsache fortgeführtes Prozesskostenhilfeverfahren ist ein eigenständiges Gerichtsverfahren im Sinne des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren. 2. Bei Überlänge von nach Erledigung verbundener Klageverfahren fortgeführter Prozesskostenhilfeverfahren steht dem Kläger nur ein einziger Entschädigungsanspruch zu.
Normenkette	GVG § 198 Abs 1 S 1; GVG § 198 Abs 1 S 2 ; GVG § 198 Abs 2 S 2; GVG § 198 Abs 4 S 1; GVG § 198 Abs 6 Nr 1 Halbs 1; SGG § 73a; SGG § 113 Abs 1; ZPO § 114; ZPO §

	122 Abs 1 Nr 3; GG Art 19 Abs 4; GG Art 3 Abs 1; GG Art 20 Abs 3

1. Instanz

Aktenzeichen	S 185 AS 16310/16
Datum	22.07.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	L 37 SF 55/21 EK AS
Datum	22.09.2022

3. Instanz

Datum	21.03.2024

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 22.Â September 2022 aufgehoben, soweit es den KlÃ¤gern jeweils mehr als 2200Â Euro zugesprochen hat.

Im Ãbrigen wird die Revision zurÃ¼ckgewiesen.

Die Kosten des Verfahrens vor dem Landessozialgericht tragen die KlÃ¤ger zu jeweils 3/10 und der Beklagte zu 1/10.

Die Kosten des Revisionsverfahrens tragen die KlÃ¤ger zu jeweils 1/4 und der Beklagte ebenfalls zu 1/4.

Der Streitwert des Revisionsverfahrens wird auf 24 500Â Euro festgesetzt.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

1
Die KlÃ¤ger begehren EntschÃ¤digung wegen unangemessen langer Dauer von fÃ¼nf vor dem SG Berlin (Ausgangsgericht) zunÃ¤chst zusammen mit der jeweiligen Hauptsache und danach isoliert gefÃ¼hrten Prozesskostenhilfe (PKH)-Verfahren.

2
Die Ausgangsverfahren betrafen in der Hauptsache AnsprÃ¼che der KlÃ¤ger auf hÃ¶here Leistungen nach dem SGBÂ II. Das Ausgangsgericht verband sie mit Beschluss vom 22.6.2017 zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung. Die

KlÃ¤ger hatten in allen Verfahren PKH beantragt.

3
Das verbundene Klageverfahren wurde durch ein Teilanerkenntnis des beklagten Jobcenters vom 16.5.2018 und dessen Annahme durch die KlÃ¤ger sowie KlagerÃ¼cknahme im Ãbrigen mit Schriftsatz vom 25.5.2018 erledigt. Mit der KlagerÃ¼cknahme erinnerte der ProzessbevollmÃ¤chtigte der KlÃ¤ger an die Entscheidung Ã¼ber die noch offenen PKH-AntrÃ¤ge. Am 24.11.2019 erhob er deswegen VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge. Mit Beschluss vom 19.8.2020, den Beteiligten zugestellt am 20.8.2020, bewilligte das Ausgangsgericht den KlÃ¤gern fÃ¼r die verbundenen Klageverfahren antragsgemÃ¤Ã ratenfrei PKH und ordnete ihren ProzessbevollmÃ¤chtigten bei.

4
Am 22.2.2021 (Montag) haben die KlÃ¤ger EntschÃ¤digungsklage erhoben und eine GeldentschÃ¤digung wegen der Ã¼berlangen Dauer der PKH-Verfahren beantragt. Das LSG als EntschÃ¤digungsgericht hat mit Urteil vom 22.9.2022 den KlÃ¤gern zuÂ 1. undÂ 3. eine EntschÃ¤digung in HÃ¶he von jeweils 7600Â Euro und dem KlÃ¤ger zuÂ 2. eine solche in HÃ¶he von 9300Â Euro wegen der unangemessenen Dauer der Bearbeitung ihrer PKH-AntrÃ¤ge zugesprochen. Ein PKH-Verfahren sei entschÃ¤digungsrechtlich nur wÃ¤hrend der Dauer des Hauptsacheverfahrens als dessen Annex anzusehen. Gehe es diesem voraus oder werde es nach dessen Erledigung fortgefÃ¼hrt, seien dagegen InaktivitÃ¤tszeiten wie bei jedem anderen Verfahren zu berÃ¼cksichtigen. Dabei sei eine Gesamtbetrachtung der Verfahrenszeiten vorzunehmen. Die EntschÃ¤digungsansprÃ¼che seien fÃ¼r sÃ¤mtliche Verfahren gesondert zu prÃ¼fen, weil trotz der Verbindung jedes Verfahren seine EigenstÃ¤ndigkeit behalte. Die Ausgangsverfahren hÃ¤tten eine durchschnittliche Bedeutung und Schwierigkeit aufgewiesen, seien jedoch Ã¼berdurchschnittlich komplex gewesen. Bis zur Verbindung sei es nur in einem Verfahren zu sechs und in einem weiteren Verfahren zu zwei, nach der Verfahrensverbindung zu weiteren sieben Monaten gerichtlicher InaktivitÃ¤t gekommen. Nach der Erledigung der Hauptsache habe das Ausgangsgericht das hinsichtlich der Kostengrundentscheidung und der PKH noch offene Verfahren fÃ¼r 22 weitere Kalendermonate nicht betrieben. Abzuziehen sei die nach der Rechtsprechung des BSG regelmÃ¤Ãig anzunehmende zwÃ¶lfmonatige Vorbereitungs- und Bedenkzeit. Die danach verbleibenden inaktiven Monate seien mit dem gesetzlichen Regelbetrag zu entschÃ¤digen. Eine ausnahmsweise Wiedergutmachung auf andere Weise scheide aus.

5
Mit seiner Revision rÃ¼gt der Beklagte eine Verletzung von Â§Â 198 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG). Das EntschÃ¤digungsgericht habe den Begriff des Gerichtsverfahrens im Sinne dieser Vorschrift verkannt. Die Einbeziehung nachlaufender PKH-Verfahren in den Schutzbereich sei nicht erforderlich, weil das RechtsschutzbedÃ¼rfnis der KlÃ¤ger mit Abschluss des Hauptsacheverfahrens vollstÃ¤ndig erfÃ¼llt sei. Jedenfalls seien entschÃ¤digungsrechtlich nur VerzÃ¶gerungen nach Erledigung des Hauptsacheverfahrens zu berÃ¼cksichtigen. Die KlÃ¤ger kÃ¶nnten fÃ¼r die verbundenen Verfahren zudem allenfalls einmal

EntschÃ¤digung verlangen. SchlieÃlich sei bereits eine Wiedergutmachung auf andere Weise durch die vom PrÃ¤sidenten des Ausgangsgerichts ausgesprochene Feststellung einer unangemessenen Verfahrensdauer erfolgt.

6
Der Beklagte beantragt,
das Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 22.Â September 2022 aufzuheben und die Klagen abzuweisen.

7
Die KlÃ¤ger beantragen,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

8
Sie verteidigen das angefochtene Urteil des EntschÃ¤digungsgerichts.

II

9
A. Die zulÃ¤ssige Revision des Beklagten ist teilweise begrÃ¼ndet. Die KlÃ¤ger haben jeweils nur Anspruch auf 2200 Euro EntschÃ¤digung wegen Ã¼berlanger Dauer der von ihnen beim Ausgangsgericht nach Erledigung der verbundenen Hauptsacheverfahren fortgefÃ¼hrten PKH-Verfahren. Soweit das EntschÃ¤digungsgericht ihnen darÃ¼ber hinaus hÃ¶here EntschÃ¤digungen zugesprochen hat, waren sein Urteil aufzuheben und die EntschÃ¤digungsklagen abzuweisen (Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG).

10
B.Â Gegenstand des Revisionsverfahrens ist das stattgebende Urteil des EntschÃ¤digungsgerichts, mit dem es den Beklagten zur Zahlung von GeldentschÃ¤digungen an die KlÃ¤ger wegen der unangemessenen Dauer der Bearbeitung ihrer PKH-AntrÃ¤ge verurteilt hat.

11
C.Â Die EntschÃ¤digungsklagen sind zulÃ¤ssig.

12
1.Â Die Klagen auf EntschÃ¤digung fÃ¼r die nach Erledigung der verbundenen Klageverfahren fortgefÃ¼hrten PKH-Verfahren sind als allgemeine Leistungsklagen statthaft (Â§Â 54 AbsÂ 5 SGG; stRspr; zB BSG Urteil vom 27.3.2020 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 4/19Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 19 RdNrÂ 14 mwN). Die KlÃ¤ger konnten sie wegen des sachlichen Zusammenhangs und des identischen Klagegegners nach Â§Â 56Â SGG zulÃ¤ssigerweise in objektiver und nach Â§Â ?74 SGG iVm Â§Â ?59 ZPO auch in subjektiver KlagehÃ¤ufung in einem Verfahren beim EntschÃ¤digungsgericht bÃ¼ndeln.

13
2.Â Die Wartefrist des Â§Â 198 AbsÂ 5 SatzÂ 1 GVG und die sechsmonatige

Klagefrist des Â§Â 198 AbsÂ 5 SatzÂ 2 GVG haben die KlÃ¤ger eingehalten.

14
D.Â Die EntschÃ¤digungsklagen sind nur im tenorierten Umfang begrÃ¼ndet. Nach Â§Â 202 Satz 2 SGG iVm Â§Â 198 Abs 1 Satz 1 GVG wird angemessen entschÃ¤digt, wer infolge unangemessener Dauer eines Gerichtsverfahrens als Verfahrensbeteiligter einen Nachteil erleidet.

15
In den Anwendungsbereich des Â§Â 198 GVG fallen auch Verfahren zur Bewilligung von PKH (dazu unter 1.). Allerdings fÃ¼hrt ein gleichzeitig neben dem Hauptsacheverfahren anhÃ¤ngiges PKH-Verfahren als dessen Annex nicht zu einem weiteren â□□Â eigenstÃ¤ndigenÂ â□□ EntschÃ¤digungsanspruch aus Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG (dazu unter 2.). Einen eigenstÃ¤ndigen EntschÃ¤digungsanspruch kann die Ã¼berlange Dauer eines PKH-Verfahrens nur fÃ¼r den Zeitraum begrÃ¼nden, in dem es vor Beginn der Hauptsache oder â□□ wie hier â□□ nach deren Erledigung isoliert (fort)gefÃ¼hrt wird (dazu unter 3.). Deshalb ist der EntschÃ¤digungsanspruch wegen Ã¼berlanger Dauer eines nach Erledigung in der Hauptsache fortgefÃ¼hrten PKH-Verfahrens ab diesem Zeitpunkt zu prÃ¼fen (dazu unter 4.) Eine Wiedergutmachung auf andere Weise nach Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 2 iVm AbsÂ 4 SatzÂ 1 GVG scheidet im Fall der KlÃ¤ger aus (dazu unter 5.). Vielmehr steht jedem KlÃ¤ger ein EntschÃ¤digungsanspruch von 2200 Euro zu (dazu unter 6.).

16
1.Â Verfahren zur Bewilligung von PKH fallen in den Anwendungsbereich des Â§Â 198 GVG und werden neben dem Klageverfahren zur Hauptsache erfasst (BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/16Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 28 mwN). Das ergibt sich bereits aus dem Wortlaut von Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 HalbsatzÂ 1 GVG. Danach ist Gerichtsverfahren iS des Â§ 198 GVG jedes Verfahren von der Einleitung bis zum rechtskrÃ¤ftigen Abschluss einschlieÃ□lich ua eines Verfahrens zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe (vgl auch BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung vom 17.11.2010 zum Gesetz Ã¼ber den Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren , BT-Drucks 17/3802, SÂ 23).

17
2. Nach der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des BSG fÃ¼hrt allerdings ein gleichzeitig neben dem Hauptsacheverfahren anhÃ¤ngiges PKH-Verfahren als dessen Annex nicht zu einem weiteren â□□ eigenstÃ¤ndigen â□□ EntschÃ¤digungsanspruch aus Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG (BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/16Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 29; BSG Beschluss vom 18.2.2021 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 8/20Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 6; BSG Beschluss vom 2.8.2018 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 7/18Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 8; ebenso BFH Urteil vom 23.3.2022 â□□Â XÂ K 6/20Â â□□ BFHE 276, 308 â□□Â juris RdNrÂ 27). Wegen des an der Hauptsache orientierten Verfahrensbegriffs des Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1Â GVG (BSG Urteil vom 17.12.2020 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/19Â RÂ â□□ BSGE 131, 153 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 20, RdNrÂ 39; BSG Urteil vom 10.7.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G

8/13Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 2 RdNrÂ 15) besteht auch kein Wahlrecht zwischen einer EntschÃ¤digung fÃ¼r die Dauer des Verfahrens in der Hauptsache und derjenigen des gleichzeitig gefÃ¼hrten PKH-Verfahrens (BSG Beschluss vom 18.2.2021 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 8/20Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 6 mwN). Vielmehr sind VerzÃ¶gerungen im Verfahren Ã¼ber die Bewilligung von PKH wÃ¤hrend der Dauer eines gleichzeitig rechtshÃ¤ngigen Hauptsacheverfahrens als einer der nach Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG maÃ□geblichen EinzelfallumstÃ¤nde fÃ¼r die Bestimmung der angemessenen Verfahrensdauer der Hauptsache zu berÃ¼cksichtigen (BSG Beschluss vom 2.8.2018 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 7/18Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 8; BSG Beschluss vom 25.10.2016 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 23/16Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 6).

18
3. Wie das EntschÃ¤digungsgericht im Ausgangspunkt zutreffend angenommen hat, stehen den KlÃ¤gern wegen der Ã¼berlangen Dauer der nach Erledigung des verbundenen Hauptsacheverfahrens isoliert weitergefÃ¼hrten PKH-Verfahren eigenstÃ¤ndige AnsprÃ¼che auf EntschÃ¤digung zu.

19
a) Das BSG hat bereits entschieden, dass die Ã¼berlange Dauer eines der Hauptsache vorgelagerten und damit isoliert gefÃ¼hrten PKH-Verfahrens einen eigenstÃ¤ndigen EntschÃ¤digungsanspruch begrÃ¼nden kann (BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/16Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 28; ebenso BFH Urteil vom 20.3.2019 â□□Â XÂ K 4/18Â â□□ BFHE 263, 498 â□□Â juris RdNrÂ 31; BGH Urteil vom 5.12.2013 â□□Â IIIÂ ZR 73/13Â â□□ BGHZ 199, 190 â□□Â juris RdNrÂ 23; LÃ¼ckemann in ZÃ¶ller, ZPO, 35.Â Aufl 2024, Â§Â 198 GVG RdNrÂ 12). Spiegelbildlich ebenso in den Anwendungsbereich des Â§Â 198 GVG fÃ¤llt die Ã¼berlange Dauer eines nach Erledigung der Hauptsache isoliert fortgefÃ¼hrten Verfahrens auf GewÃ¤hrung von PKH. Denn nach Sinn und Zweck schÃ¼tzt Â§Â 198 GVG auch das Interesse am zeitgerechten Abschluss eines eigenstÃ¤ndigen Nebenverfahrens, das auf die Erledigung eines Vorprozesses folgt (BSG Urteil vom 12.12.2019 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/19Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 18 RdNrÂ 25; BSG Urteil vom 10.7.2014 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 8/13Â RÂ â□□ SozR 4-1720 Â§Â 198 NrÂ 2 RdNrÂ 19). Der Anspruch auf Rechtsschutzgleichheit gebietet bei Verfahren zur Bewilligung von PKH eine angemessen schnelle richterliche Entscheidung; ihre VerzÃ¶gerung kann den Anspruch auf GewÃ¤hrung effektiven Rechtsschutzes verletzen (BSG Beschluss vom 8.9.2020 â□□Â BÂ 9Â V 3/20Â BH Â â□□ juris RdNrÂ 17; BFH Urteil vom 20.3.2019 â□□Â XÂ K 4/18Â â□□ BFHE 263, 498 â□□ juris RdNrÂ 31; BGH Urteil vom 5.12.2013 â□□Â IIIÂ ZR 73/13Â â□□ BGHZ 199, 190 â□□Â juris RdNrÂ 23; BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung vom 17.11.2010 zum Ã□GG, BT-Drucks 17/3802, S 23). Entgegen der Ansicht des Beklagten erfÃ¼llt die Erledigung der Hauptsache bei offenem PKH-Antrag nicht den grundgesetzlich geschÃ¼tzten Anspruch auf Gleichstellung von bemittelten und unbemittelten KlÃ¤gern aus ArtÂ 3 AbsÂ 1 iVm ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG. Das Hinausschieben der Entscheidung bis zum Abschluss des Verfahrens â□□Â im Fall der KlÃ¤ger sogar weit darÃ¼ber hinausÂ â□□ verfehlt vielmehr eindeutig den Zweck der PKH (BSG Beschluss vom 4.12.2007 â□□Â BÂ 2Â U 165/06Â BÂ â□□ SozR 41500 Â§Â 62 NrÂ 9 RdNrÂ 9; vgl BVerfG Beschluss vom 26.6.2003 â□□Â 1Â BvR

1152/02Â â□□ SozR 4-1500 Â§ 73a Nr 1 RdNrÂ 11). Denn eine Erledigung der Hauptsache ohne vorherige Entscheidung Ã¼ber das PKH-Gesuch vertieft den Eingriff in den Anspruch auf Rechtsschutzgleichheit (vgl Schultzky in ZÃ¶ller, ZPO, 35.Â Aufl 2024, Â§Â 127 RdNrÂ 8 und 11), in das Recht auf ein faires Verfahren und unter UmstÃ¤nden auch in den Anspruch auf rechtliches GehÃ¶r (vgl BSG aaO RdNr 10). Nicht zuletzt kann eine erheblich verzÃ¶gerte Entscheidung des Prozessgerichts Ã¼ber die PKH-GewÃ¤hrung unbemittelte Beteiligte davon abhalten, in Zukunft den ihnen zustehenden gerichtlichen Rechtsschutz gegen behÃ¶rdliche MaÃ□nahmen zu beanspruchen.

20
b) Allerdings hat das EntschÃ¤digungsgericht in teilweiser Abweichung von dem strikt an der Hauptsache orientierten Verfahrensbegriff des Â§ 198 GVG den KlÃ¤gern EntschÃ¤digung fÃ¼r die gesamte Dauer der von ihnen gefÃ¼hrten PKH-Verfahren als Ergebnis einer â□□Gesamtbetrachtungâ□□ zugesprochen. DafÃ¼r hat es unzutreffend teilweise auch die Dauer der PKH-Verfahren wÃ¤hrend der gleichzeitig gefÃ¼hrten (verbundenen) Hauptsacheverfahren bis zu deren Erledigung entschÃ¤digungserhÃ¶hend berÃ¼cksichtigt. Richtigerweise hÃ¤tten die KlÃ¤ger aber VerzÃ¶gerungen bei der Bearbeitung ihrer PKH-AntrÃ¤ge wÃ¤hrend der Dauer der Hauptsacheverfahren nur als unselbststÃ¤ndiges Element eines Anspruchs auf EntschÃ¤digung fÃ¼r die Ã¼berlange Dauer der Hauptsache als solcher geltend machen kÃ¶nnen; ein Wahlrecht bestand insoweit nicht (vgl BSG Urteil vom 7.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 3/16Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 14 RdNrÂ 28 f; BSG Beschluss vom 18.2.2021 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 8/20Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 6; BSG Beschluss vom 2.8.2018 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 7/18Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 8). Davon haben sie indes von vornherein abgesehen und ihre EntschÃ¤digungsklagen ausdrÃ¼cklich auf die Ã□berlÃ¤nge der PKH-Verfahren beschrÃ¤nkt. Konsequenterweise haben sie weder eine VerzÃ¶gerung der Hauptsache gerÃ¼gt noch insoweit (fristgerecht) EntschÃ¤digungsklagen erhoben. Eine EntschÃ¤digung fÃ¼r die Dauer der verbundenen Hauptsacheverfahren und der wÃ¤hrenddessen laufenden PKH-Verfahren kÃ¶nnen sie daher nicht mehr beanspruchen, auch nicht auf dem Umweg Ã¼ber die vom EntschÃ¤digungsgericht vorgenommene â□□Gesamtbetrachtungâ□□ von Hauptsache- und PKH-Verfahren.

21
c) Die KlÃ¤ger haben in den nach Erledigung der verbundenen Hauptsacheverfahren ab Mai 2018 fortgefÃ¼hrten PKH-Verfahren mit Schriftsatz vom 24.11.2019 wirksam VerzÃ¶gerungsrÃ¼ge erhoben. Zu diesem Zeitpunkt bestand aus Sicht eines verstÃ¤ndigen RÃ¼gefÃ¼hrers eine hinreichende Besorgnis der (weiteren) VerfahrensverzÃ¶gerung (Â§ 198 AbsÂ 3 SatzÂ 2 HalbsatzÂ 1 GVG; vgl hierzu BSG Urteil vom 9.3.2023 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/21Â RÂ â□□ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 23 RdNr 28), weil nach den Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts die Erledigung der Hauptsache bereits geraume Zeit zurÃ¼cklag und das Ausgangsgericht seitdem monatelang untÃ¤tig geblieben war, ohne dass sich fÃ¼r die KlÃ¤ger eine Entscheidung des Ausgangsgerichts Ã¼ber die noch offenen PKH-AntrÃ¤ge abzeichnete.

22

4.Â Der EntschÃ¤digungsanspruch wegen Ã¼berlanger Dauer eines nach Erledigung in der Hauptsache isoliert fortgefÃ¼hrten PKH-Verfahrens als eigenstÃ¤ndiges Gerichtsverfahren iS des Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 1 iVm Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 HalbsatzÂ 1 GVG ist nach MaÃgabe der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des BSG in drei Schritten zu prÃ¼fen (vgl zB BSG Urteil vom 24.3.2022 â€Â BÂ 10Â ÃG 2/20 RÂ â€ BSGE 134, 18 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 22, RdNrÂ 19Â f mwN).

23
a) Bei der Berechnung der Gesamtdauer des Gerichtsverfahrens nach Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 HalbsatzÂ 1 GVG als erstem Schritt der PrÃ¼fung der Angemessenheit der Dauer des Ausgangsverfahrens ist fÃ¼r die KlÃ¤ger entgegen der Ansicht des EntschÃ¤digungsgerichts nicht die Gesamtdauer des (jeweiligen) PKH-Verfahrens von der Einreichung des (jeweiligen) PKH-Antrags im Ausgangsverfahren bis zum rechtskrÃ¤ftigen Abschluss zugrunde zu legen, sondern nur der Zeitraum ab Erledigung des (verbundenen) Hauptsacheverfahrens bis zum rechtskrÃ¤ftigen Beschluss Ã¼ber die PKH. Vorher waren die PKH-Verfahren lediglich unselbststÃ¤ndiger Annex der ihnen zugrunde liegenden Hauptsacheverfahren und hÃ¤tten daher â€Â wie oben bereits ausgefÃ¼hrtÂ â€ lediglich zusammen mit der jeweiligen Hauptsache zum Inhalt eines EntschÃ¤digungsverfahrens gemacht werden kÃ¶nnen.

24
Die nach Erledigung der verbundenen Klageverfahren im Mai 2018 isoliert fortgefÃ¼hrten PKH-Verfahren haben nach den Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts bis zur PKH-Bewilligung und ihrer Zustellung im August 2020 gedauert. Die Gesamtdauer der Ausgangsverfahren betrug damit insgesamt 28Â Kalendermonate.

25
b) Im zweiten Schritt der AngemessenheitsprÃ¼fung ist der Ablauf des Verfahrens Ã¼ber die PKH-GewÃ¤hrung insbesondere an den von Â§Â 198 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG genannten Kriterien zu messen. MaÃgeblich zu berÃ¼cksichtigen ist dabei insbesondere auch das ungeschriebene Kriterium der ProzessfÃ¼hrung des Ausgangsgerichts (BSG Urteil vom 24.3.2022 â€Â BÂ 10Â ÃG 2/20Â RÂ â€ BSGE 134, 18 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 22, RdNrÂ 18 mwN). Wie das EntschÃ¤digungsgericht fÃ¼r den Senat insoweit bindend festgestellt hat, hat das Ausgangsgericht die PKH-Verfahren nach Erledigung der verbundenen Klageverfahren fÃ¼r 22Â Monate (Oktober 2018 bis Juli 2020) nicht betrieben.

26
Das EntschÃ¤digungsgericht ist im Ãbrigen von einer durchschnittlichen Bedeutung und Schwierigkeit sowie von einer Ã¼berdurchschnittlichen KomplexitÃ¤t des Ausgangsverfahrens ausgegangen. Der Senat kann diese tatrichterlichen Feststellungen seiner Entscheidung zugrunde legen, obwohl sie zusÃ¤tzlich auch den Zeitraum der (verbundenen) Hauptsacheverfahren berÃ¼cksichtigen. Denn durch deren Erledigung hat sich die Bedeutung der Bewilligung von PKH nicht maÃgeblich geÃ¤ndert. Insbesondere kÃ¶nnen

KomplexitÃ¤t und Schwierigkeit des Verfahrens jedenfalls nicht grÃ¶Ãer geworden sein, nachdem das Ausgangsgericht nur noch Ã¼ber die Bewilligung von PKH zu entscheiden hatte.

27
c) Wie die wertende Gesamtbetrachtung und AbwÃ¤gung aller EinzelfallumstÃ¤nde im dritten Schritt der AngemessenheitsprÃ¼fung ergibt, hat die Verfahrensdauer der isoliert fortgefÃ¼hrten PKH-Verfahren von 28Â Monaten, davon 22Â Monate ohne gerichtliche AktivitÃ¤t, die Ã¤uÃerste Grenze des Angemessenen deutlich Ã¼berschritten und deshalb das Recht der KlÃ¤ger auf Rechtsschutz in angemessener Zeit verletzt. Insbesondere war dem Ausgangsgericht fÃ¼r die Entscheidung in den nachlaufenden PKH-Verfahren keine Vorbereitungs- und Bedenkzeit mehr zuzubilligen. Die Voraussetzungen des (jeweiligen) PKH-Anspruchs waren zumindest nach der Erledigung der Hauptsacheverfahren eindeutig geklÃ¤rt und erfÃ¼llt; die stattgebende â antragsgemÃ¤Ã ratenfreie â Entscheidung darÃ¼ber bedurfte weder weiterer Ãberlegung noch umfangreicher BegrÃ¼ndung (vgl Wache in MÃ¼nchener Kommentar zur ZPO, 6.Â Aufl 2020, Â§Â 127 RdNrÂ 9; Schultzky in ZÃ¶ller, ZPO, 35.Â Aufl 2024, Â§Â 127 RdNr 22). Der vom BSG aus der typischen Struktur und Gestaltung sozialgerichtlicher Hauptsacheverfahren abgeleitete regelhafte Orientierungswert fÃ¼r die Vorbereitungs- und Bedenkzeit von zwÃ¶lf Monaten (stRspr; zB BSG Urteil vom 24.3.2022 â Â BÂ 10Â ÃG 4/21Â RÂ â BSGE 134, 32 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 21, RdNrÂ 16 mwN; grundlegend BSG Urteil vom 3.9.2014 â Â BÂ 10Â ÃG 2/13Â RÂ â BSGE 117, 21 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 45Â ff) lÃ¤sst sich nicht auf ein erheblich einfacher strukturiertes PKH-Verfahren Ã¼bertragen, das nach Erledigung der Hauptsache isoliert fortgefÃ¼hrt wird.

28
5. Eine Wiedergutmachung auf andere Weise als GeldentschÃ¤digung nach Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 2 iVm Abs 4 Satz 1 GVG insbesondere durch die Feststellung, dass die Verfahrensdauer unangemessen war, scheidet nach den revisionsrechtlich nicht zu beanstandenden Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts zu Dringlichkeit und Bedeutung des Verfahrens Ã¼ber die PKH-Bewilligung aus. Solange die Entscheidungen Ã¼ber die PKH-AntrÃ¤ge noch offen waren, drohten den KlÃ¤gern die Belastung mit den Rechtsanwaltskosten fÃ¼r den Fall, dass ihre AntrÃ¤ge vom Ausgangsgericht ganz oder teilweise zu ihren Lasten entschieden wÃ¼rden. Die Forderungssperre des Rechtsanwalts nach Â§Â 122 AbsÂ 1 NrÂ 3 ZPO greift erst ab und in dem Umfang der Bewilligung der PKH.

29
6. FÃ¼r die Monate der UntÃ¤tigkeit des Ausgangsgerichts in den nach Erledigung der verbundenen Hauptsacheverfahren fortgefÃ¼hrten PKH-Verfahren steht jedem KlÃ¤ger die RegelentschÃ¤digung des Â§Â 198 AbsÂ 2 SatzÂ 3 GVG von 100Â Euro monatlich zu, insgesamt also 2200Â Euro.

30
Allerdings kann jeder KlÃ¤ger diesen Betrag fÃ¼r sich nur einmal verlangen. Die Verbindung der fÃ¼nf Klageverfahren zur gemeinsamen Verhandlung und

Entscheidung nach Â§Â 113 AbsÂ 1 SGG hat zu einer objektiven KlagehÃ¤ufung gefÃ¼hrt. Wie das BSG fÃ¼r eine solche objektive KlagehÃ¤ufung, also die Verfolgung mehrerer prozessualer AnsprÃ¼che (StreitgegenstÃ¤nde) in einem Gerichtsverfahren, bereits entschieden hat, bleibt es trotz einer Mehrzahl von in einem Ausgangsverfahren erhobenen und vom Ausgangsgericht jeweils eigenstÃ¤ndig zu prÃ¼fenden â□□Â prozessrechtlich selbststÃ¤ndigenÂ â□□ AnsprÃ¼chen bei einem einzigen EntschÃ¤digungsanspruch wegen der VerzÃ¶gerung eines Gerichtsverfahrens; der EntschÃ¤digungsanspruch vervielfÃ¤ltigt sich also nicht (BSG Urteil vom 17.12.2020 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/19Â RÂ â□□ BSGE 131, 153 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 20, RdNrÂ 38; ebenso BFH Urteil vom 27.6.2018 â□□Â XÂ K 3-6/17Â â□□ juris RdNrÂ 101; BFH Urteil vom 12.7.2017 â□□Â XÂ K 3-7/16Â â□□ BFHE 259, 393 â□□Â juris RdNr 57). Bei der Rechtsverfolgung verschiedener prozessualer AnsprÃ¼che ist fÃ¼r die Annahme eines Gerichtsverfahrens im entschÃ¤digungsrechtlichen Sinn entscheidend, dass die StreitgegenstÃ¤nde in einem Ausgangsverfahren verbunden sind und verbunden bleiben (BSG aaO, RdNrÂ 39; BVerwG Urteil vom 14.11.2016 â□□Â 5Â C 10/15Â DÂ â□□ juris RdNrÂ 17). Ein aus einer Verfahrensverbindung nach Â§Â 113 AbsÂ 1 SGG entstandener Rechtsstreit ist dabei so zu behandeln, als ob von vornherein eine KlagehÃ¤ufung bestanden hÃ¤tte (vgl BSG aaO RdNrÂ 40; Guttenberger in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 2.Â Aufl 2022, Â§Â 113 RdNrÂ 14, Stand: 15.6.2022). Erst wenn ein Streitgegenstand abgetrennt und in einem getrennten Verfahren behandelt wird, kann dafÃ¼r ein zusÃ¤tzlicher EntschÃ¤digungsanspruch fÃ¼r den Zeitraum nach der Abtrennung bestehen (BFH Urteil vom 27.6.2018 â□□Â XÂ K 3-6/17Â â□□ juris RdNrÂ 101 mwN).

31
Nichts anderes kann fÃ¼r vom Ausgangsgericht nach Erledigung der verbundenen Klageverfahren noch nicht entschiedene und deshalb von einem KlÃ¤ger fortgefÃ¼hrte PKH-Verfahren gelten (aA Kellner, NZS 2023, 800). Denn diese Verfahren teilen als Annex zur Hauptsache entschÃ¤digungsrechtlich das Schicksal der zugrunde liegenden Klageverfahren. Deren zwischenzeitliche Erledigung Ã¤ndert daran nichts. Ebenso wie bei einer Entscheidung Ã¼ber verbundene KlageansprÃ¼che als solche hat das Ausgangsgericht im nachlaufenden PKH-Verfahren die Erfolgsaussichten jedes der inzwischen erledigten Klageverfahren gesondert zu prÃ¼fen. Das folgt aus der trotz Verbindung fortbestehenden prozessrechtlichen SelbststÃ¤ndigkeit der verbundenen Verfahren (BSG Urteil vom 17.12.2020 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 1/19Â RÂ â□□ BSGE 131, 153 =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 20, RdNrÂ 41 mwN) und ihrer als Annex zugehÃ¶rigen PKH-Verfahren. EntschÃ¤digungsrechtlich erfolgt aber die PrÃ¼fung der Erfolgsaussichten auch nach Erledigung der verbundenen Klageverfahren weiterhin in einem einheitlichen Gerichtsverfahren iS des Â§Â 198 GVG. Folgerichtig hat das Ausgangsgericht Ã¼ber alle PKH-AntrÃ¤ge unter dem (fÃ¼hrenden) Aktenzeichen der verbundenen Hauptsachen (SÂ 185Â AS 16310/16) entschieden. Deshalb bleibt es fÃ¼r solche nach Erledigung der verbundenen Klageverfahren fortgefÃ¼hrten PKH-Verfahren fÃ¼r jeden KlÃ¤ger bei einem einzigen EntschÃ¤digungsanspruch. Auch in dieser Hinsicht gilt dasselbe wie fÃ¼r den Anspruch auf EntschÃ¤digung wegen der unangemessenen Dauer des Hauptsacheverfahrens.

32
E. Die Kostenentscheidung folgt aus Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 3 SGG iVm Â§Â 154 AbsÂ 1 und 2, Â§Â 155 AbsÂ 1 SatzÂ 1, Â§Â 159 SatzÂ 1 VwGO und Â§Â 100 AbsÂ 1 ZPO. Sie ist fÃ¼r jede Instanz gesondert zu treffen. Auch eine nach RechtszÃ¼gen differenzierte Kostenentscheidung genÃ¼gt dem Erfordernis einer einheitlichen Kostenentscheidung (BSG Urteil vom 24.3.2022 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 2/20Â RÂ â□□ BSGE 134, 18 =Â SozR 41720 Â§Â 134 NrÂ 22, RdNrÂ 54 mwN). Entsprechend dem VerhÃ¤ltnis ihres Obsiegens und Unterliegens tragen die KlÃ¤ger als Streitgenossen (Â§ 74 SGG iVm Â§ 59 ZPO) die Kosten im Verfahren vor dem EntschÃ¤digungsgericht zu jeweils 3/10 und der Beklagte zu 1/10. Im Revisionsverfahren tragen die KlÃ¤ger die Kosten zu jeweils 1/4 und der Beklagte zu 1/4 .

33
F. Der Streitwert von 24 500Â Euro fÃ¼r das Revisionsverfahren entspricht der vom EntschÃ¤digungsgericht ausgeurteilten EntschÃ¤digungssumme, die der Beklagte mit seiner Revision insgesamt zum Streitgegenstand gemacht hat (Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 1 AbsÂ 2 NrÂ 3, Â§Â 47 AbsÂ 1 SatzÂ 1, Â§Â 52 AbsÂ 1 und 3 SatzÂ 1, Â§Â 63 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GKG).

Â

Erstellt am: 17.06.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024